

# Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Inserate  
werden angenommen  
in Posen bei der Expedition  
der Zeitung, Wilhelmstr. 17.  
K. A. Höhle, Hoflieferant,  
Dr. Gerber- u. Breiteftr.-Ede,  
Die Kießlich, in Firma  
J. Jermann, Wilhelmsplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:  
G. Fontane  
in Posen.

Jg. 224

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,  
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-  
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für  
ganzen Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabenstellen  
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Posen bei unseren  
Agenturen, ferner bei den  
Annoncen-Expeditionen  
K. A. Rose, Haasenstr. 1 Posseck &  
C. L. Daube & Co., Frankenstein

Berantwortlicher für den  
Inseratenheft:  
J. Klugkist  
in Posen.

Inserate, die sechsgeschaltete Zeitzeile oder deren Raum  
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite  
30 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an bevorzugter  
Stelle entsprechend höher, werden in der Erhebung für die  
Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die  
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1892

Dienstag, 29. März.

## Deutscher Reichstag.

205. Sitzung vom 28. März, 12 Uhr.

(Nachdruck nur nach Ueberreinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Eisenbahntragsetats.

Abg. Dr. Hammacher (nl.) spricht sein Bedauern aus über die späte Einbringung des Nachtragsetats. Es handle sich um 32 Millionen Mark und dabei sei die Begründung der Forderung in keiner Weise erschöpfend. Die Verhandlungen mit Baden könnten vielleicht durch die Bewilligung in einer das finanzielle Interesse des Reichs schädigenden Weise präjudiziert werden. Darum sei zum Mindesten eine Kommissionsberathung notwendig.

Abg. Hahn (l.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners vollständig an.

Kriegsminister v. Kaltenborn erklärt seine Bereitwilligkeit in der Kommission eine eingehende Begründung der Forderung zu geben.

Abg. Dr. Orterer (ctr.) spricht in entschiedener Weise das Bedauern und die Verwunderung seiner politischen Freunde aus, daß die Regierung eine so bedeutende Vorlage in so leichter Weise noch vor Abschluß der Verhandlungen mit Baden und ohne jede einzelne Auflösung unmittelbar vor Sessionsschluss einbringe. Seine Partei werde die Vorlage nur bewilligen, wenn befriedigende Erklärungen abgegeben werden.

Abg. v. Kardorff (Rp.) erklärt sich nicht nur im militärischen, sondern auch im wirtschaftlichen Interesse, z. B. in Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit, bereit, die Vorlage zu bewilligen, falls die Notwendigkeit derselben nachgewiesen sei. Denn es müßten noch Bestände aus früheren Bewilligungen vorhanden sein.

Staatssekretär v. Bötticher erwähnt, daß die Bestände aus früheren Bewilligungen für ihre eigentlichen Zwecke ausgebraucht werden würden. Die Einbringung der Vorlage in zwölfter Stunde habe nicht umgangen werden können, da die Vorlage nicht früher fertig gewesen sei und ein Aufschub bis zur nächsten Session gefährlich sei. Die Verhandlungen mit Baden würden in wenigen Tagen beendet sein.

Abg. Gimke (df.) erklärt sich mit der Kommissionsberathung einverstanden. Er glaube schon jetzt, daß die militärischen Gründe zu einer Bewilligung führen müssen.

Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Das Haus tritt hierauf in die Spezialdiskussion der dritten Staatsberathung ein.

Beim Etat des auswärtigen Amtes erklärt auf eine Anfrage des Abg. Dr. Marquardsen (nl.), ob Maßregeln getroffen seien zur Sicherung des in portugiesischen Papieren angelegten preußischen Kapitals,

Staatssekretär v. Marshall, daß das in erster Linie den Bevölkerungen selbst überlassen werden müsse. Es sei allerdings bedauerlich, daß kleine Leute ihr Geld nach dem Auslande trügen, statt es redlich und sicher in Deutschland selbst anzulegen. Das Publikum möge sich in Zukunft die finanzielle Lage der Staaten genau ansehen, in deren Papieren es sein Geld anlegte.

Abg. Graf v. Kanitz (konf.) erklärt die durch Beschluss des Bundesrates erfolgte Gewährung der Vortheile aus den Handelsverträgen an Staaten, die nicht das Meistbegünstigungsrecht besaßen, für unzulässig. Der Bundesrat solle sofort von seinem Kündigungsschreit diesen Staaten gegenüber Gebrauch machen.

Staatssekretär Frhr. v. Marshall erklärt die Befürchtungen des Vorredners für vollkommen unbegründet. Der Bundesrat habe das Verzeichnis der Staaten, die mit dem deutschen Reiche in Meistbegünstigungsverhältnisse ständen, einer Revision unterzogen, und nur denen, die einen Meistbegünstigungsvertrag wirklich abgeschlossen hätten, würden die Vortheile der Handelsverträge zugeschlagen.

Abg. Graf v. Kanitz (konf.) erklärt sich durch die Erklärung des Staatssekretärs beruhigt. Die Revision des Verzeichnisses der meistbegünstigten Staaten scheine aber keine vollständige gewesen zu sein, da nur Rumänien und Portugal gestrichen worden sei.

Schatzsekretär Frhr. v. Maltzahn erwähnt, daß in dem Verzeichnis von 1885 und auch in dem neuen Verzeichnisse nicht auch die Staaten aufgeführt seien, welche einen Meistbegünstigungsvertrag mit Einzelstaaten abgeschlossen hätten, wenn die Vortheile derselben auch jetzt noch für das Reich in Anspruch genommen würden.

Abg. Dr. Barth (ctr.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß die Rechtsverhältnisse in dieser Beziehung so schwacher Natur seien. Im Interesse einer großen Anzahl von Industrien dürfe der Bundesrat jedenfalls in keiner Weise an der bevorstehenden Auslegung des Meistbegünstigungsverhältnisses der Vereinigten Staaten zu dem Reiche rütteln; man würde die vitalsten Interessen des deutschen Reiches schädigen im Interesse der Schutzzollsanitätsfirme in den Vereinigten Staaten. Ein Zollkrieg durch Verfolgung eines Differentialzollsystems müsse Deutschland den größten Schaden zufügen; das Reich solle sich davor entschieden hüten; man solle so weiterhin in der Handelspolitik vorgehen, als es nur irgend möglich sei.

Abg. Möller (nl.) schließt sich den Ausführungen des Redners vollkommen an.

Abg. Brömel (df.): Was bezweckt Graf Kanitz eigentlich mit seiner Interpellation an die Regierung? Wenn er mit der Handelspolitik Deutschlands den Vereinigten Staaten gegenüber unzufrieden ist, so hätte er das bei dem Nachtragsetat betr. die Weltausstellung in Chicago dokumentieren sollen. (Sehr gut! links.) Die Regierung ist Amerika nur insoweit entgegengekommen, als der amerikanische Markt wirklich unentbehrlich ist.

Abg. Dr. Barth betont nochmals, daß man durch einen Zollkrieg mit Amerika nichts anderes erreichen werde, als eine Verschärfung der Mac Kinley-Bill. Man würde dadurch nur die Geschäfte der Schutzzollnerpartei bei der nächsten Präsidentschaftswahl beschonen, den deutschen Export nach Amerika aber vollständig ruinieren.

Der Etat des auswärtigen Amtes sowie der Kolonialamt werden darauf, letzterer gegen die Stimmen der Freisinnigen und Volkspartei, ohne eheblische weitere Diskussion angenommen.

Zum Etat des Reichsamts des Innern liegt eine Resolution v. Meyer-Arnswalde vor auf Einführung einer Summe in das Extraordinarium des nächsten Etats zu Stipendien und Unterstützungen für talentvolle junge Künstler, sowie zur Förderung der monumentalen Malerei und Plastik.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher erklärt, daß das Reich verschwiegsmäßig im Sinne der Resolution gar nicht engagiert werden darf. Neben dies sei die augenblickliche Finanzlage für eine weitere Förderung der Kunst durch das Reich zu ungünstig. Es liege auch kein Bedürfnis für ein Eintreten des Reiches vor, da die deutsche Kunst von Seiten derer, die zu ihrer Förderung berufen seien, der Einzelstaaten und Privater, in keiner Weise vernachlässigt sei.

Die Resolution wird abgelehnt.

Abg. van Hulst (nl.) wünscht eine Verschärfung des Viehseuchengesetzes.

Staatssekretär v. Bötticher erwähnt, daß Anträge auf Verschärfung des Viehseuchengesetzes weder vom Landwirtschaftsrat noch sonst beim Bundesrat eingegangen seien. Die Vorschriften zur Verhütung der Weiterverbreitung der Maul- und Klauenseuche genügten, wenn sie strikt beachtet würden, vollkommen. Eine Viehsperrre sei absolut undurchführbar, man könne weiter nichts thun, als die Seuche internieren.

Abg. v. Kardorff (Rp.) schließt sich dem Wunsche nach einer Verstärkung des Seuchengesetzes an unter Hinweis auf die Einführung verfeuchten Viehs über die russische Grenze und die man gelassene Destinfektion beim Eisenbahntransport.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher erwähnt, daß gegen Zuwiderhandlungen gegen das Viehseuchengesetz auch eine Verstärkung desselben nichts nützen werde. Die Einfuhr verfeuchten Viehs aus Russland sei streng verboten.

Abg. Dr. Bamberg (bfr.) wünscht Auskunft darüber, welchen Umfang die Geschäfte der Dampfschiffahrt nach Ostafrika in dem letzten Jahre angenommen hätten.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher erklärt, daß er noch keine bestimmte Auskunft geben kann. Man schaue aber den Werth der Ein- und Ausfuhr auf der ostafrikanischen Dampferlinie auf 20 Millionen Mark. Daß Ostafrika nicht so ganz umgekehrt sei, gebe aus der Konkurrenz hervor, welche die deutsch-ostafrikanische Linie durch eine portugiesische und eine englische Linie erfahre. Er hoffe sich mit dem Abg. Bamberg doch noch darüber zu verständigen, daß die Bewilligung der Dampferabvention ein patriotisches und verdienstvolles Werk gewesen sei.

Abg. Dr. Bamberg erwähnt, daß es allein darauf ankomme, was die deutsche Industrie an der Ausfuhr nach Ostafrika, für welche 900 000 Mark Subvention jährlich gezahlt würden, profitiere. Hierüber wünsche er in Zukunft genaue Auskunft. Wenn die ostafrikanische Gesellschaft erwähnt, daß ihre schlechten Geschäfte von der Konkurrenz mit der englischen und portugiesischen Linie, die ohne Subvention beständen, herrührten, so liege darin der beste Beweis, daß die Subvention eine Thorheit gewesen sei.

Der Etat des Reichsamts des Innern wird genehmigt, ebenso diskussionslos der Militäretat.

Die weitere Berathung (Marinetat u. ff.) wird vertagt auf Dienstag 10 Uhr. (Außerdem: Belagerungszustand in Elsass-Lothringen, Eisenbahntragsetat, Kakaozoll, Weingesetz.) Schlüß 5½ Uhr.

## Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

42. Sitzung vom 28. März, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Ueberreinkommen gestattet.)

Eingegangen ist eine Mitteilung des Bizepräsidenten des Staatsministeriums über die Entbindung des Grafen v. Caprivi von seiner Stellung als Ministerpräsident und die Befreiung dieses Postens mit dem Grafen zu Eulenburg, sowie über die Ernennung des Staatssekretärs Bosse zum Kultusminister.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ergreift das Wort

Ministerpräsident Graf zu Eulenburg: Der Mitteilung, welche Ihnen über Personalveränderungen im Königlichen Staatsministerium zugegangen ist, möchte ich folgendes hinzufügen: Die Vereinigung der Aemter des Reichskanzlers und des Präsidenten des preußischen Staatsministeriums bringt, wie nicht erst in neuerer Zeit erkannt worden ist, ein Maß von Arbeit und Verantwortung mit sich, welches die Kräfte auch des leistungsfähigsten Mannes aufzureiben geeignet ist. Dazu kommt, daß die Stellung des Reichskanzlers eine freitere wird, wenn dieselbe von Zufällen unabhängig ist, welche allein innere preußische Angelegenheiten betreffen. Wenn diese Erwägungen dazu geführt haben, das Amt des Reichskanzlers von dem des Präsidenten des preußischen Staatsministeriums zu trennen, so ist dadurch, daß der Reichskanzler Minister der aussichtigen Angelegenheiten und Mitglied des preußischen Staatsministeriums bleibt, zugleich Fürsorge getroffen, daß die einheitliche Leitung der aussichtigen Angelegenheiten und das bisherige gegenseitige Verhältnis des Reiches und Preußens nicht beeinträchtigt wird.

Was sodann den Ihnen vorgelegten Gesetzentwurf über die Volksschule betrifft, so hat die Erörterung derselben hier im Hause so wie im Lande scharfe Gegensätze hervortreten lassen, welche sich bisher unvermittelt gegenübergestanden. Auch die Berathungen Ihrer Kommission haben zu einem Verständnis nicht geführt (Widerspruch rechts und im Zentrum), und die Aussicht, daß sich eine solche würde erreichen lassen, nicht erfüllt. (Murren und Gelächter rechts und im Zentrum.) Da unter diesen Umständen ein befriedigendes Ergebnis nicht zu erwarten ist, so verzichtet die Königl. Regierung auf die Fortsetzung der Berathung des Entwurfs. (Ahnaltender wiederholter Beifall links, Bischen rechts und im Zentrum) und behält sich die weitere Erwürfung vor, wann und in welcher Weise innerhalb des durch die Verfassung gegebenen Rahmens auf die Angelegenheit zurückzukommen ist. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Barth betont nochmals, daß man durch einen Zollkrieg mit Amerika nichts anderes erreichen werde, als eine Verschärfung der Mac Kinley-Bill. Man würde dadurch nur die Geschäfte der Schutzzollnerpartei bei der nächsten Präsidentschaftswahl beschonen, den deutschen Export nach Amerika aber vollständig ruinieren.

Der Etat des auswärtigen Amtes sowie der Kolonialamt werden darauf, letzterer gegen die Stimmen der Freisinnigen und Volkspartei, ohne eheblische weitere Diskussion angenommen.

Ministerpräsident, habe es aber nicht erhalten, da es nach der Geschäftsordnung nicht zulässig sei. Er behalte sich aber vor, dem Ministerpräsidenten bei der ersten sich bietenden Gelegenheit eine Antwort zu ertheilen.

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Die Novelle zum Pensions- und Reliktengebet für evangelische Geistliche wird in dritter Berathung angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage in den neuen Provinzen.

Abg. Imwalle (ctr.) wünscht, daß dahin gestrebt werden möge, die Ausübung eines gewerblichen Betriebes an Sonn- und Festtagen gänzlich zu besetzen, und in ganz Deutschland eine gleichmäßige Regelung der Sonntagsruhe herbeizuführen.

Handelsminister Frhr. v. Berlepsch erklärt, daß sein Streben dahin gehe, die Sonntagsarbeit auf das notwendigste Maß einzuschränken. Über eine gleichmäßige Regelung der Sonntagsruhe in allen deutschen Bundesstaaten schwelen Verhandlungen.

Abg. Saß (konf.) hält das Gesetz nicht für einen Fortschritt, sondern für einen Rückschritt. Die bisherigen Bestimmungen über die Sonntagsheiligung in den neuen Provinzen seien strenger als die Vorschriften des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung, auf Grund dessen der Oberpräsident nach der gegenwärtigen Vorlage Polizeiverordnungen erlassen könne.

Abg. Franke (Tondern, nl.) bemängelt, daß die Kompetenzfrage in der Frage der Sonntagsruhe zwischen dem Reich und Preußen nicht geregelt ist. Preußen habe nur das Recht, die äußere Heilighaltung zu regeln, wofür der Oberpräsident die erste Instanz ist. Die Vorlage lasse es nicht klar erscheinen, ob der Oberpräsident das Recht hat, das soziale Moment dabei in Berücksichtigung zu ziehen. Zur Klärstellung dieser Fragen sei eine Kommissionsberathung erwünscht.

Minister Frhr. v. Berlepsch bestreitet, daß die Kompetenzfrage unklar sei. Deshalb wäre eine Kommissionsberathung nicht nötig.

Abg. Hansen (ctr.) schließt sich diesen Ausführungen an.

Abg. v. Rauchhaupt (konf.) erklärt, daß die Regelung der Sonntagsruhe durch die Oberpräsidenten die geeignete sei. Man dürfe bei dieser Regelung aber nicht zu lax verfahren.

Damit ist die erste Berathung erledigt.

Die Vorlage wird in zweiter Berathung unverändert und debattlos angenommen.

Ebenso wird in erster und zweiter Berathung debattlos erledigt der Gesetzentwurf, betr. die Aufhebung älterer in der Provinz Hessen-Nassau geltender Bestimmungen über die Untersuchung des Schlachtviehs.

In der darauf folgenden ersten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Entschädigung für am Milzbrand gefallene Thiere spricht

Abg. Frhr. v. Erffa (konf.) die Hoffnung aus, daß die in der Vorlage vorgegebene facultative Einführung des Gesetzes nicht in eine obligatorische sich verändere.

Abg. Knebel (nl.) wünscht die Aufstellung kleinerer Entschädigungsbezirke innerhalb der Provinzen.

Geb. Rath Sterneberg weist auf die Vortheile des Gesetzes hin, daß zur Folge haben werde, daß jeder Fall des Milzbrandes zur Anzeige gelangen werde.

Die Abg. Ostroy (ctr.), Dr. Gerlich (ctr.) und Sombart (nl.) erklären sich mit dem Inhalt der Vorlage durchaus einverstanden.

Abg. v. Schalchka (ctr.) hält die Entschädigungssumme für zu hoch geprägt.

Damit ist die erste Berathung erledigt.

Die Vorlage wird in zweiter Berathung unverändert angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Entwurfs, betr. die Entschädigung an die Reichsunmittelbaren für die Aufhebung ihrer Steuerfreiheit.

Abg. Frhr. v. Heereman (ctr.): Ich stelle den Antrag, die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen, da es sich um eine Frage von prinzipieller Bedeutung handelt. Die Begründung der Vorlage läßt nicht erkennen, in welcher Weise die Verhandlungen geführt worden sind. Darin muß uns ein genauer Einblick gewährt werden. Wie ich gehört habe, ist von der Regelung in wenig entgegenkommender Weise verfahren worden. Meine politischen Freunde sind immer für wohlerworbene Rechte eingetreten, mögen diese Rechte angenehm oder unangenehm sein. Die Regierung wird anerkennen müssen, daß hier ein klares Recht der Entschädigenden besteht. Ob die Entschädigung hoch genug ist, muß ich vorläufig bezweifeln. Zur Klärstellung aller dieser Fragen ist eine Kommissionsberathung nötig.

Abg. Rickert (ctr.): Dem Antrage des Vorredners stimme ich bei. In meiner Ans

geführt worden, als die Zeit es gestattete und als Aussicht auf einen günstigen Ausgang noch vorhanden war. Auch darüber ist die Regierung bereit, in der Kommission Auskunft zu geben, wie sie zu den vorgeschlagenen Entschädigungssätzen gekommen ist. Ich hoffe, daß die Mitglieder dann die Überzeugung gewinnen werden, daß die vorgeschlagene Entschädigung eine angemessene Leistung für die Aufhebung des Privilegiums ist.

Abg. v. Rauchhaupt (kons.) beantragt, die Vorlage an die Bud get kommission zu verweisen. Da es sich hier um Aufgabe früherer staatsbürglicher Rechte handele, so könne nicht verlangt werden, daß die Aufgabe dieser Rechte ohne Entschädigung erfolge. Die Reichsunmittelbaren seien in dieser Beziehung in einer Reihe zu stellen mit den deposedirten Fürsten. Dass die Entschädigung zu hoch sei, müsse bestritten werden.

Abg. v. Tiedemann (Bomst frk.) schließt sich diesen Ausführungen durchweg an.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) hätte es auch lieber gegeben, wenn die Reichsunmittelbaren auf ein Privilegium, das sie sein halbes Jahrhundert besessen, verzichtet hätten. Ob es sich in jedem einzelnen Falle um wohlerworbene Rechte handle, sei doch zweifelhaft. Aber diese Erwägungen seien nunmehr nach § 4 des Einfommesteuergesetzes hinfällig. Die Entschädigung ist eine so reichliche, daß es in der Kommission einer eingehenden Prüfung bedürfen wird, ob nicht das Interesse des Staates besser gewahrt werden kann.

Darauf wird die Vorlage, nachdem Abg. v. Heermann seinen Antrag dahin modifiziert hat, an die Bud get kommission verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr (Kleine Vorlagen, Petitionen.)

Schluss 1½ Uhr.

### Herrenhaus.

7. Sitzung vom 28. März, 1 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung steht Ministerpräsident Graf Eulenburg über den Wechsel im Ministerium und den Verzicht auf das Volksschulgesetz wörtlich dieselbe Erklärung ab wie vorher im Abgeordnetenhaus.

Darauf wird die Denkschrift über die Thätigkeit der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen berathen.

Frhr. v. Duran befürwortet eine Verlängerung der Amortisationsfristen und ferner eine Verbesserung der kirchlichen Verhältnisse.

Die Denkschrift wird durch Kenntnahme für erledigt erklärt.

Es folgt die Berathung des Staats.

In der allgemeinen Besprechung bemerkt

v. Kleist-Retzow: Im Namen meiner politischen Freunde halte ich mich für verpflichtet zu erklären, daß wir von der Mitteilung des Ministerpräsidenten über die Zurückziehung des Volksschulgesetzes auf Schmerzlichste berührt worden sind, weil wir unsererseits die gute Zuversicht haben, daß nicht bloß in der Kommission, sondern auch im Plenum eine Verständigung stattgefunden haben würde, und weil, demnächst als Gesetz publiziert im Lande sich dafür ein volles Verständnis sehrbold gefunden haben und zum Heil gedachten würde. Wir wissen, daß nur ein derartiges Gesetz den inneren Frieden des Landes zu begründen im Stande ist.

Frhr. v. Manteuffel spricht die Hoffnung aus, daß die preußische Regierung ihren maßgebenden Einfluss im Bundesrat anwenden wird, um die vom Redner im Reichstage vorgetragenen Wünsche bezüglich der Änderungen des Unterstützungswohnstifts- und Freizügigkeitsgesetzes zur Geltung zu bringen. Nach dem, was über die dem Bundesrathe vorliegende Novelle zum Unterstützungswohnstiftsgesetz bekannt ist, begegnet dieselbe den hervorgebrachten Mißständen nicht. Das würde allein nur geschehen können, wenn die Gemeinde zur Unterstützung verpflichtet würde, in der der Betreffende unterstützungsbefürftig geworden ist. Auch die Freizügigkeit muß beschränkt werden, und man scheint sich damit immer mehr zu befrieden. Als ich die Frage der Freizügigkeit im Reichstage anschnitt, da kam kein Sturm der Entrüstung, wie ich geglaubt hatte, sondern die Gegner distanzierten ganz sachlich, und es kam zu keiner unangenehmen Polemik. So ausichtslos ist also diese Beschränkung nicht. Das Prinzip der Freizügigkeit brauchen wir ja nicht einfach über den Haufen zu werfen, aber es läßt sich modifizieren. Die Beschränkung der Freizügigkeit müßte zunächst in der Weise erfolgen, daß beim Buzug in einem fremden Ort der Nachweis zu führen ist, daß der Betreffende eine den sanitären Ansprüchen genügende Wohnung zu beschaffen und zu bezahlen vermag. Das liegt schon im Interesse der Städte, wo die Wohnungsverhältnisse geradezu grauenhaft sind. Sodann müssten die Städte eine gewisse Summe als Einzugsgeld, und zwar in der Form einer Kautions, erheben. Den großen Städten muß selbst vor diesem Buzug Bange werden, und sogar freimaurige Zeitungen beschlagen diesen Buzug. Der Stabau der letzten Tage in Berlin ist von jungen Menschen ausgegangen, die nach Berlin gekommen sind in der festen Absicht, keine Arbeit zu finden, sondern Standal zu machen. Sodann müßte die Freizügigkeit für junge Leute bis 18 Jahre beschränkt werden. Jetzt, wo die Unterstützungswohnstiftfrage erörtert wird, ist der geeignete Moment dafür. Endlich möchte ich die Regierung warnen, die Personentarife zu ermäßigen oder gar den Bonentarif einzuführen. Das würde eine weitere Verziehung von Osten nach Westen zur Folge haben. Nur durch diese Maßregeln kann dem Notstande abgeholfen werden.

Graf v. Alinkovström bringt ebenfalls die Not der Landwirtschaft kurz Sprache. Die Leute wanderten nach dem Westen aus, weil es dort höhere Löhne gebe. Aber tatsächlich stehen sie schlechter als im Osten, da das Leben im Westen theurer ist. Um den steigenden Auswanderung entgegenzutreten, muß man die für Auswanderer aufgestellten ermäßigten Tarife wieder aufheben. Die Freizügigkeit muß beschränkt werden.

Redner geht sodann auf die sozialdemokratische Frage ein. Die sozialdemokratische Bewegung sei nicht zurückgegangen seit der Aufhebung des Sozialstengesetzes, sondern habe vielmehr zugenommen. Die Sozialdemokratie trage ihre Agitation nunmehr auch auf das Land und hege zu Streits auf und verbreite die schlimmsten Lügen. Der Streit auf dem Lande wäre der Anfang vom Ende. Leute, die so aufzuhören, seien keine politische Partei, sondern elende Verführer, die die Arbeiter zu ihrem Zweck auszunützen. Sie seien auch keine deutsche Partei. Wenn Herr Richter im Reichstage dem Abg. Liebnecht gefragt hat, wenn es nach den Sozialdemokraten gegangen wäre, so hätten wir nicht über Elsäss-Lothringen zu verhandeln, sondern über die Wedergewinnung des linken Rheinufers, so kann ich ihm nur darin Recht geben. Der französische Sozialist bleibt Franzose, der russische Russ, nur der deutsche Sozialist hat die Kündlichkeit, an eine sozialistische europäische Republik zu glauben. Die Sozialdemokratie ist keine deutsche Partei, und der sozialdemokratische Gedanke muß vernichtet werden, und gehe es nicht im Guten, so brauche man Gewalt. (Beifall.)

Graf v. Bünin-Bünnski hofft, daß der neue Kultusminister den Polen wohlwollend gegenüberstehen werde, namentlich bezüglich des Unterrichts in der polnischen Muttersprache. Die Polen würden stets treu zum Throne stehen.

Oberbürgermeister Zweigert befragt zunächst die Stellung des Herrenhauses, welches gezwungen werde, auf alle Änderungen des Staats seitens des Abgeordnetenhauses einzugeben. Die Regierung selbst wird dadurch in eine Zwangslage versetzt.

Ich bestreite dem Herrn v. Kleist-Retzow nicht das Recht der Kritik und ich sehe in diesen Bemerkungen keinen Angriff auf die

Rechte der Krone. Aber deswegen muß ich Widerspruch gegen jene Ausführungen erheben, um nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, als ob dieses ganze hohe Haus mit den Äußerungen des Herrn v. Kleist-Retzow einverstanden gewesen ist. (Beifall.) Ebenso wie Herr v. Kleist-Retzow seinen Schmerz über die Zurückziehung des Volksschulgesetzes aussprach, spreche ich dafür dem Kaiser meinen lebhaften und tiefempfundenen Dank aus, und ich glaube, daß hierin die Mehrheit des Landes auf meiner Seite ist. (Beifall.)

Finanzminister Michel bestreitet dem Vorredner gegenüber, daß das Herrenhaus sich dem Etat gegenüber in einer besonderen Zwangslage befindet.

Oberbürgermeister Voettcher: Ich möchte nicht den Glauben erwecken lassen, als ob das Land in seiner großen Mehrheit den Entschluß der Zurückziehung des Volksschulgesetzes nicht gutheftet. Denn dadurch erst ist der Friede, der gefördert zu sein schien, wieder hergestellt worden, und wenn Herr v. Kleist-Retzow im Namen seiner Freunde die Erklärung abgegeben hat, daß er die Zurückziehung des Volksschulgesetzes missbillige, dann kann ich die Erklärung im Namen dieser Seite des Hauses abgeben, daß wir den Schritt mit großer Freude begrüßt haben. (Lebhafte Beifall.)

Graf Schulenburg betont, daß die Not der Landwirtschaft nur durch eine Änderung des Unterstützungswohnstiftsgesetzes erfolgen könne. Doch sei er mit allen Vorschlägen des Frhrn. v. Manteuffel nicht einverstanden, besonders nicht mit dem Vorschlag, ein Einzugsgeld zu erheben.

Redner bedauert sodann die Trennung des Amtes des preußischen Ministerpräsidenten vom Reichskanzleramt. Damit habe sich der Reichskanzler von dem mütterlichen Boden losgemacht, aus dem er gleich Antaus immer neue Kraft geschöpft habe. Der Reichskanzler sei leider bei der Behandlung von Beamten in ungerechter Weise verfahren. Während er auf der einen Seite die Verfolgung eines ehemaligen Gesandten angeordnet habe, habe er auf der anderen Seite die Erklärung eines Staatsbeamten gestattet, die zu den sogenannten Städten getragen geführt habe. Als guter Preuße habe er den Wunsch, daß die Theilung der Aemter bald rückgängig gemacht werde.

Ministerpräsident Graf zu Eulenburg: Der Reichskanzler ist gegen die Angriffe, die gegen ihn ausgesprochen worden sind, an diesem Orte sich zu verteidigen nicht in der Lage. Es fällt daher naturgemäß seine Vertheidigung mir zu. Der Vorwurf, daß der Reichskanzler Beamten des Staates gegenüber sich mit ungleichen Maße benommen habe, ist von diesem Gesichtspunkt aus ein höchst ungerechter. Graf Schulenburg kann unmöglich übersehen, daß die Neuherierung, die er im Auge hat, im Reichstage gefallen ist, wo sie frei war von jeder Verfolgung, und der Reichskanzler nicht in der Lage war, in irgend einer Weise gegen diese Neuherierungen einzuschreiten. Die andere Sache aber hat der Reichskanzler nicht als solcher in Angriff genommen sondern als preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Die Befürchtungen, es könnte durch die Trennung der Aemter eine Lockerung eintreten, sind unbegründet. Wenn der Reichskanzler im Reichstage darauf hingewiesen hat, daß er auf seine Stellung als preußischer Ministerpräsident nicht das entscheidende Gewicht legt, so geht aus seiner Neuherierung nur das hervor, daß sie sich nur auf die ökonomische Form bezieht, nicht aber, daß er der Meinung wäre, daß nicht seine Beziehungen zu Preußen der starke Unterbau wären, den er auch in seiner isolierten Stellung nicht aufzugeben geneigt wäre. Dieser Auffassung sind auch meine Kollegen. Wenn der Reichskanzler auch nicht den Vorwurf im preußischen Staatsministerium führt, so bleibt er immer Mitglied desselben, und unsere Beziehungen zum Reiche werden nicht die geringste Veränderung erfahren. Wir wissen in Preußen sehr wohl, daß der enge Zusammenhang zwischen Preußen und dem Reich die nothwendige Grundbedingung zu einer geordneten Entwicklung in Deutschland und in Preußen ist, und jeder von uns wird nach seinen Kräften dazu beitragen, daß hier eine Aenderung nicht eintrete. (Lebhafte Beifall.)

Kultusminister Dr. Bosse: Ich halte es nicht für geboten und auch nicht für nützlich, unter den gegenwärtigen Umständen auf den Volksschulgesetzentwurf zurückzufahren. Es ist für die nächste Zeit befürchtet, und es ist patriotischer, jetzt vorwärts zu sehen als rückwärts. (Bravo!) Es ist die Neuherierung gefallen, daß mit Zurückziehung des Volksschulgesetzes der christlich-konservative Boden der Schulverfassung verlassen wird. Worauf sich diese Anerkennung gründet, ist mir vollständig unerfindlich. (Sehr richtig.) Denn der christlich-konservative Charakter der preußischen Unterrichtsverwaltung und auch die Konfessionalität mit ihren Grenzen sind vorgezeichnet durch die Verfassung und die Verfassung wird für jeden Unterrichtsminister die nie zu verlassende Grundlage für alles das bleiben, was in sein Reisport fällt. Da aber diese Befürchtung hier ausgesprochen ist, so halte ich es für richtig, mich offen auszuprechen, wie ich zu dieser Frage stehe. Ich nehme einen Anstand, zu erklären, daß ich persönlich auf dem Boden des positiven christlichen Bekennnisses stehe. (Beifall.) Es gehört nicht zu meinen Geflogenheiten, die meine persönliche Stellung andern aufzudrängen. Ich habe auch keine Veranlassung mich ihrer zu schämen. Ich schäme mich des Bekennnisses zum Evangelium nicht, und das um so weniger, als ich durchdrungen bin davon, daß die Annahme, als ob mit dieser persönlichen Stellung Unbildung, Engherzigkeit und Fanatismus verbunden seien müsse, unberechtigt ist. (Beifall.) Bei mir wenigstens ist sie unerfindlich. Ich sehe im Gegenthell gerade in der Stellung zum Bekennnisse die Gewähr für die innere Freiheit und den unbefangenen Blick der nothwendig ist, um auch in Zukunft die Unterrichtsverwaltung auf dem Boden der Partitur mit Gerechtigkeit zu führen, wie es durch die Verfassung gewährleistet und durch die gehaltige Tradition festgestellt ist. (Lebhafte Beifall.)

Oberbürgermeister Bräse: Aus den Reden einiger Herren schien hervorzugehen, daß die Arbeiter des Ostens alle Sozialdemokratie von der allerschwersten Sorte wären. Das ist nicht der Fall. Die Arbeiter von Bromberg wenigstens sind durchaus solide und brave Leute. Ich aber bitte die Arbeitgeber zurückzufahren zu dem alten patriarchalischen System, sich zu kümmern um das Wohlgehen und Wohlbefinden der Arbeiter. Der Arbeiter verlangt nicht bloß guten Lohn, sondern auch Wohlwollen und Wohlbehagen und geistige Genüsse. Dieser Weg führt sicherer zum Ziele als die Forderung von Ausnahmegesetzen, die gerade die brave Bevölkerung verstimmen müssen. (Beifall.)

v. Kleist-Retzow spricht dem Minister Anerkennung und Dank aus für seine Erklärung, die große Verhügung hervorzurufen geeignet sei.

Nach ungewöhnlicher weiterer Debatte wird die Generaldiskussion geschlossen und die Spezialdiskussion auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Schluss 4 Uhr.

### Deutschland.

Berlin, 28. März. „Gewissenshalber“ will das Zentrum es nicht verantworten, „Land und Volk unter verfasslichem Verhalten der Regierung leiden zu lassen.“ So schreibt ein Zentrumsblatt. Dass es die „Germ.“ ist, entnehmen unsere kundigen Leser schon aus dem schlechten Deutsch, das der „Germ.“ eigentlichlich ist. Wie sollen sich denn hier Land und Volk unterscheiden? Ist nun das Wort „gewissenshalber“ ebenfalls nur dem schlechten Stil zuzuschreiben?

Halber statt wegen gebraucht man doch sprachrichtig nur dann, wenn es sich um einen äußeren, daher mehr mitwirkenden als entscheidenden Grund handelt. „Gewissenshalber“, gleichviel was die „Germ.“ sich bei der Anwendung des Wortes gedacht hat, kennzeichnet die Haltung der Zentrumspartei vor trefflich. Man ist an die politischen Tauschgeschäfte so gewöhnt, daß es einem auffällt, wenn nebenbei auch einmal von Gewissensansforderungen die Rede ist. Den ehrlichen Politikern ist alles politische Handeln Gewissenssache, er kann nicht zwischen gewöhnlichen Beweggründen und den „gewissenshalber“ zu nehmenden Rücksichten unterscheiden. Der Unterschied liegt, das wissen wir wohl, tiefer, es ist im Grunde der Unterschied zwischen autonomer Moral oder autonomem Gewissen und dem Gehorsam gegen die äußere Autorität, den die „Germ.“, wenn sie ihn bei den Nationalliberalen vorzufinden meinte, „Gadavergehorsam“ nannte. Wir werden uns das „Gewissenshalber“ merken. — In der Sonnabend-Debatte des Reichstags hat sich Herr Stöcker so stark blamiert, daß selbst die „Kreuzztg.“ nichts an ihm zu loben weiß. Wenn Stöcker den Liberalen vorwarf, sie wüssten nicht, daß Religion und Moral zwei ihrem Wesen nach ganz verschiedene Dinge seien, so übersah er, daß das gerade die Liberalen sagen, und daß sie eben darum Moral und Erziehung nicht auf die extrem konfessionell gefasste Religion gegründet haben wollen.

Nicht den Liberalen, sondern seinen eigenen Freunden widersprach Herr Stöcker damit und vielleicht auch sich selbst, was ja bei ihm öfters vorkommen soll. Religion und Moral sind nicht immer zusammen; dafür fiel uns gleich ein Beispiel ein; war es doch Herr Stöcker, der den Satz aussprach. Jedenfalls bewiesen die Ausführungen Stöckers keine große Denkschärfe. Aber die Konservativen im Parlament bilden sich auf Herrn Stöcker noch etwas ein, nachdem die Konservativen in Berlin nichts mehr von ihm wissen wollen. Diese Thatache ist wahr, darum hat Stöcker selbst sie auch gelegret. Dreiviertel der Leute, die früher die Stöckerchen Versammlungen besuchten, waren politisch, sozial oder geistig abhängige Personen, die Herrn Stöcker achteten, weil er mit der Autorität eines Hofpredigers umkleidet war. Jetzt ist er nicht mehr Hofprediger, sondern nur noch Herr Stöcker und eigentlich auch nicht einmal mehr der ganze Stöcker, denn Leute wie er sind im politischen Leben überhaupt nur etwas durch die Bewegung, die an einem gewissen Draht, der sie einschnürt, von einem Anderen vorgenommen wird. Jetzt gehen in seine Versammlungen nur noch die Christlich-Sozialen, die in der Wölle echt sind und eine Anzahl Handwerker, die urtheilslos sich jeder Art von Reaktion in die Arme werfen. Auch das Neuheitsbedürfnis wirkt mit, jetzt ist Herr Ahlwardt der Stolz der Antisemiten. Ein Neuer muß es sein, und nebenbei muß er ein bisschen anrüchig sein. Wundern aber kann man sich darüber, wie die antisemitische „Bewegung“ jetzt von oben behandelt wird. Wenn hier bei Versammlungen die Antisemiten mit Gummischläuchen erscheinen, und die Polizei im Flur des Versammlungsorts vorher eine fliegende Sanitätswache auffüllt, so ist uns solches Thun unerträglich. Wenn es nämlich Rücksicht auf die Opfer der antisemitischen Prügelhelden ist, so würde aus der polizeilichen Aufgabe doch ein Strafeinschreiten gegen die Prügelhelden selbst näher zu liegen scheinen. Vielleicht wollen sich die Antisemiten in solchen körperlichen Übungen die Schlagfertigkeit holen, die bei der Vertheidigung des Vaterlandes von Nöthen ist, und die Herr Liebermann von Sonnenberg am Sonnabend seinem Namen in so besonderem Maße zuschrieb. Dafür hat er freilich vom Abg. Prinz Carolath eine Abfertigung bekommen, bei der man Mitteid für ihn fühlten konnte. — Der „Sozialist“ greift den Abg. Bebel sehr stark an, weil er mit der Forderung einer militärischen Erziehung von Jugend auf zur Stärkung des deutschen Militarismus beitrage. Man erkennt immer mehr Differenzpunkte zwischen den alten Sozialdemokraten und der neuen Gruppe der Unabhängigen. Offenbar wird es immer unwahrscheinlicher, daß die Jungen wieder zu der Partei zurückkehren sollten. Nur ein kleiner Theil ist zurückgekehrt, und zwar eben darum, weil die Hauptrichtung der Jungen ihnen allzu weit ging.

— Bezuglich der in Aussicht gestellten Veröffentlichung von Welfensofondsquittungen bringt die „Magd Btg.“ folgendes Telegramm:

Zürich, 25. März. Auf die Meldung der „Kreuzztg.“, daß die angekündigte Veröffentlichung von Belegen für die aus dem Welfensofond ausgefolgten Beträge auf einer Fälschung beruhe, erhielt heute der Depositeur der betreffenden Dokumente bei dem Vertreter der „N. Fr. Br.“, legte demselben 100 Belege vor und ermächtigte ihn zu folgenden Mitteilungen: Wie aus dem Augenschein zu entnehmen ist, sind die Quittungen tatsächlich von höchsten Würdenträgern, von Offizieren u. s. w. unterzeichnet. Sie lauten auf Summen von 2000 Mark bis 20000 Thaler. Des Verblüffendste sind die Quittungen preußischer Minister, hoher Geistlicher und eines Parlamentariers ersten Ranges. Die Belege selbst sind sehr verschieden aussehend, theilweise auf vorgedruckten Formularen ausgestellt, mit handschriftlichen Vermerken versehen und lauten auf den Welfensofond oder die Verwaltung des mit Beschlag belegten Vermögens des Königs von Hannover. Die Quittungen machen den Eindruck der unanfechtbaren Echtheit, so weit der Augenschein eben ein Urteil ermöglicht. Neben die Flugschrift „Die Kulissen des Welfensofonds“, die sich unter der Presse befindet, wurde dem Rechtsfachberater der „N. Fr. Br.“ folgendes mitgetheilt: Der wesentliche Theil der Flugschrift bringt das genaue Datum und den Betrag der quittierten Summe eines jeden Beleges; überdies enthält sie Angaben über die Aussteller, die eine geringe Personalentfernung verrathen. Als angeblicher Beweis der Bona fides wird vorerst ein Facsimile der Unterschrift einer der höchsten Persönlichkeiten beigegeben. Die vollständige Enthüllung der Namen soll erst im zweiten Theile der Facsimile-Ausgabe gegeben werden.

### Frankreich.

\* Paris, 28. März. (Ausführlichere Meldung.) Die große Beunruhigung der Bevölkerung, welche durch die letzten Explosions hervorgerufen ist, findet ihren Ausdruck

in den Blättern, die durchweg konstatieren, daß die Situation eine sehr ernste sei. Viele tadeln die Regierung und die Polizei wegen Mangels an einer energischen zielbewußten Aktion. Das „Journal des Débats“ verlangt vor Allem eine entschiedene Unterdrückung der anarchistischen Propaganda, welche nicht genug überwacht sei. Die Organe der konservativen Partei greifen das Ministerium auf das heftigste an, daß gegen arme Priester die Strenge der Gesetze handhabe, die Elemente der Unordnung jedoch ermutige. Andere Journale sprechen ihre Befürchtung wegen des 1. Mai aus und hegen die Befürchtung, die Einschüchterungen seitens der Anarchisten könnten den von letzteren beabsichtigten Erfolg haben; mehrere Häusler hätten bereits dem Richterstande angehörigen Mietshäusern gekündigt unter Hinweis auf die jüngsten Attentate. Eine Anzahl Deputirter beabsichtigt einen Antrag einzubringen, nach welchem der Staat für die durch solche Explosionen verursachten materiellen Schäden aufzukommen hat.

Die Behörden sowie mehrere Ingenieure durchsuchen gegenwärtig die Trümmer des von der Dynamitexplosion in der Rue Clichy beim gesuchten Hauses. Bisher wurden kleine Stahlplatten gefunden. Arbeiter sind damit beschäftigt, das Haus zu stützen. Die Nachforschungen der Polizei nach dem Urheber der Explosion wurden die ganze Nacht fortgesetzt, ohne jedoch ein ernstliches Resultat zu erzielen. Die Municipalräthe von Paris sind über die Häufigkeit derartiger Verbrechen sehr erregt, dieselben werden heute den Polizeipräfekten in der Magistratsitzung befragen. Man glaubt, daß energische Maßregeln unmittelbar bevorstehen.

\* **Paris.**, 28. März. [Deputirtenkammer.] Der Deputirte für Paris, Emile Ferry, brachte den bereits angeführten Antrag ein, nach welchem der Staat für alle durch Dynamit-Attentate verursachten materiellen Schäden aufzukommen hat. Emile Ferry beantragte die Dringlichkeit der Beratung für den Antrag. Der Ministerpräsident Louvet machte verschiedene Vorbehalte hinsichtlich des Antrages und protestierte gegen gewisse Institutionen der Presse, welche geeignet seien, das Antreten der Regierung zu schwächen. Die Dringlichkeit wurde mit 252 gegen 244 Stimmen abgelehnt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die Dringlichkeitserklärung für den Gesetzentwurf gegen die Urheber von Eigentumsbeschädigungen durch Sprengstoffe ohne Debatte angenommen. Der Gesetzentwurf sieht Todestrafe für die Urheber fest; eine Zusatzbestimmung besagt, daß die Angeber straffrei bleiben sollen, wenn die Denunziation vor der Ausführung des Verbrechens erfolgt ist.

Der Deputirte Dreifuss beabsichtigt in der Kammer einen Antrag zu stellen, durch welchen die Regierung aufgefordert wird, die Fabrikation und den Verkauf von Dynamit allein zu übernehmen. — Die Pariser Geistlichen sollen aufgefordert werden, alle Konferenzen zu unterlassen, welche nicht mit dem Gottesdienst und der Ausübung kirchlicher Handlungen zusammenhängen.

\* **Paris.**, 28. März. Eine gestern Abend in der Kirche zu Belleville zwischen zwei Predigern stattgehabte polemische Konferenz hat neuerdings zu Unordnungen und Ausschreitungen Anlaß geboten. Die Sozialisten und Anarchisten brachten Hochrufe auf die Kommune aus und riefen: „Nieder mit den Jesuiten“; die Gläubigen erwiderten mit religiösen Gesängen. In Folge des tumults haben sich die Polizei zum Einschreiten genötigt, doch gelang es der selben nur schwer die Ordnung wieder herzustellen. Die Ausschreitungen wurden außerhalb der Kirche noch einige Zeit fortgesetzt.

## Großbritannien und Irland.

\* **London.**, 27. März. Der amtliche Schriftwechsel zwischen England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika betreffend die Behringsmeerfrage, einschließlich der zwischen dem 8. Februar und dem 26. März dieses Jahres ausgefauchten Deutschen, ist heute veröffentlicht worden. In der letzten darin enthaltenen von gestern dargestellten Depeche erklärt Lord Salisbury, er würde einem ähnlichen modus vivendi wie dem im vorigen Jahre vereinbarten zustimmen, nachdem der zwischen England und den Vereinigten Staaten hinsichtlich der schiedsrichterlichen Entscheidung der Behringsmeerfrage vereinbarte Vertrag ratifiziert sei und wenn die Vereinigten Staaten sich bereit erklären würden, die Frage des den englischen oder amerikanischen Fischern durch das Fischereiverbot zugefügten Schadens einer schiedsrichterlichen Entscheidung zu unterwerfen. Inzwischen seien die englischen Fischer benachrichtigt worden, daß sie nur auf ihre eigene Gefahr hin die Fischerei betreiben könnten. Nach dem ebenfalls heute veröffentlichten Vertrag betreffend die schiedsrichterliche Entscheidung der Behringsmeerfrage wird das Schiedsgericht aus sieben Mitgliedern bestehen, von denen je zwei von England und den Vereinigten Staaten, die drei anderen durch den Präsidenten der französischen Republik, den König von Italien und den König von Schweden-Norwegen ernannt werden. Das Schiedsgericht wird in Paris zusammengetreten.

## Vermissedes.

In Barcelona ist am 28. März, wie ein Telegraphenbüro meldet, im Hafen ein furchtbare Feuer ausgebrochen. Die Corvette „Turra“, die Dampfer „Castilla“, „Apolo“, „Swallow“, „Janne“, das Panzerchiff „Lapso“ und die Kriegsschaluppe „Caimant“ sind vollständig verbrannt. Mehrere Schiffe mussten auf das Land laufen, andere wurden in die Luft gesprengt, um eine weitere Ausdehnung des Feuers zu verhindern. Fast sämtliche Petroleumsschiffe im Hafen sind verbrannt. Das Feuer entstand durch Unvorsichtigkeit beim Verladen des Petroleum. Eine Anzahl Matrosen ist verwundet, doch ist niemand zu Tode gekommen. In der Stadt herrscht eine ungeheure Panik. Die Verluste sind vorläufig unberechenbar.

## Telegraphische Nachrichten.

**Dortmund.**, 28. März. Bei den Knappenschaftswahlen siegte der „Dortm. Btg.“ zufolge im Allgemeinen der sozialdemokratische alte Bergarbeiter-Verband.

**Darmstadt.**, 28. März. Der Kaiser hat den Großherzog anlässlich dessen Regierungsantritts zum Obersten à la suite des 1. Garde-Regiments zu Fuß ernannt.

**München.**, 28. März. Die „Allg. Btg.“ veröffentlicht einen Briefwechsel zwischen Professor Mommsen und Geheimrat Althoff im Preußischen Kultusministerium, in welchem Ersterer eine Darlegung über die Verurteilung der Heidelberg-Uimes-Konferenz giebt, alle ihm zugeschriebenen Bedenken gegen Oberstleutnant Cohausen's Verurteilung als unbegründet bezeichnet und erklärt, daß die Vertretung der Akademie der Wissenschaften in der Reichskommission für die Uimes-Arbeiten die Verurteilung Cohausen's in dieselbe keineswegs ablehnen werde. Geheimrat Althoff bestätigt die oftgemäßige Darstellung Mommsens und erhofft von der Veröffentlichung der Sachlage eine Förderung des großen Unternehmens.

**Petersburg.**, 28. März. Nach einer Meldung aus Witebsk sind von den Anstiftern und Theilnehmern an den Ausschreitungen und Plünderungen, die im vorigen August bei der Beförderung von Getreide nach den Nothstandsdistrikten stattfanden, nunmehr 3 Angeklagte, gegen welche die Unters

suchung bei dem Bezirksgerichte geführt wurde, von den Geschworenen freigesprochen worden. Von 49 in derselben Angelegenheit dem Friedensrichter überwiesenen Personen wurden 11 freigesprochen und 34 zu Arrest von 3 Wochen bis 3 Monaten verurteilt. Vier Angeklagte waren nicht erschienen. Gegen eine andere Anzahl von Personen, die bei denselben Ereignissen beteiligt waren, wird im April vor dem Appellationshof verhandelt werden.

Die „Moskauer Btg.“ meldet, der General-Gouverneur von Turkestan soll die Befugnis erhalten, solche Ausländer aus diesem Gebiete auszuweisen, die sich dort als schädlich oder gefährlich erwiesen.

Das Gefühl der Verwaltung der Warschau-Terespoler Bahn, den staatlichen Auskauf ihrer Linie um ein Jahr zu verzögern, ist abschlägig beschieden worden und der Beschluss gefasst, diese Bahn vom 1. Mai des laufenden Jahres an in Staats-Betrieb zu nehmen. Zu den Verhandlungen über die Festsetzung der Auskaufssumme für die Aktien hat der Präses der Verwaltung dieser Bahn L. Kronenberg die Mitglieder der Verwaltung Selinski und Bretowski nach Petersburg berufen.

**Petersburg.**, 28. März. Die Befreiung des neuernannten bishöflichen Primas, Metropoliten Koslowsky, mit dem Pallium hat gestern in der katholischen Kirche in feierlicher Weise stattgefunden. Der Primas leistete den Eid der Treue für den Kaiser in russischer Sprache. Gleichzeitig fand die Weihe des Prälaten Simon zum Bischof statt.

**Atherfield.**, 28. März. Der Versuch, die „Eider“ wieder flott zu machen, ist nur teilweise gelungen; die Fluth war viel niedriger als erwartet war; die Bugständer konnten die „Eider“ nur um ungefähr 20 Fuß fortbewegen. Ein weiterer Versuch erfolgt heute Abend.

**Cetinje.**, 28. März. Die türkisch-montenegrinische Kommission zur Verhüttung des Grenzgebietes ist bereits zusammengetreten und hat den Schauplatz des letzten Zusammenstoßes zwischen Albanern und Montenegrinern bei Kolashin besichtigt. Die Kommission wird nunmehr ihre Bemühungen auf die Verhüttung der Grenzbewohner richten, um weiteren Racheakten vorzubeugen.

**Wien.**, 29. März. Nach Triester Meldungen hiesiger Blätter liegt einer dort vorgenommenen Verhaftung folgender Thatbestand zu Grunde. Ein italienischer Arbeiter auf einem Sloydampfer, welcher aus Griechenland in seine Heimat zurückkehrte, wurde im Besitz von acht von seinem Arbeitsort entwendeten Dynamitpatronen betroffen, welche er in erlaubter Weise verwenden wollte. Der Arbeiter wurde wegen Übertretung der Dynamitvorschriften verhaftet und dem Gerichte angezeigt.

**Paris.**, 29. März. Die Kammer begann die Berathung verschiedener Nachtragskredite. Poincaré (Republikaner) tadelte die übertriebenen Kreditsforderungen des Kriegsministeriums, während die Situation keineswegs beunruhigend sei. Pelletan beantragte angefichts der Wichtigkeit der Frage, diese Kredite erst morgen zu berathen. Freycinet verlangte die sofortige Berathung, die Kammer verschob dieselbe jedoch mit 280 gegen 252 Stimmen auf morgen.

**Paris.**, 29. März. Im Municipalrat erklärte der Polizeipräfekt Lozat auf die Interpellation wegen der jüngsten Dynamitexplosionen, die Urheber des Dynamitdiebstahls, sowie die Urheber der Attentate auf dem Boulevard Saint Germain seien bis auf zwei verhaftet. Was die Explosion in der Rue Clichy angehe, so sei den Miethern des betreffenden Hauses vorher keinerlei Drohung zugegangen. Deshalb sei auch kein Grund vorhanden, einen besonderen Überwachungsdienst zu erwägen. Die Mittel für einen derartigen Überwachungsdienst seien zur Verfügung gestellt.

**Paris.**, 29. März. Die Polizei verhaftete in Saint-Denis zwei Anarchisten.

**Athen.**, 29. März. Wie verlautet, beschäftigte sich der Ministerrath in der letzten Zeit mit eventuellen Maßnahmen gegen die Organe Delhannis wegen ihrer angeblichen ant dynastischen Haltung.

## Handel und Verkehr.

\*\* **Mannheim.**, 28. März. Den Anschlag zu der neuen 4 prozent. 4 Millionen-Anleihe erhält die Königliche Seehandlung in Berlin zu 101.

\*\* **Petersburg.**, 28. März. Die Dividende der Petersburger Diskontobank ist endgültig auf 20 Rubl. 60 Kopek per Aktie festgesetzt worden. Der Besitz der Bank am Loosen der Adelsagrarbahn brachte circa 1 Million Rubel Verlust. — Die Dividende der Petersburger Internationalen Handelsbank wurde auf 27 Rubel festgesetzt.

## Marktberichte.

\*\* **Berlin.**, 26. März. [Butter-Bericht von Gust. Schulze und Sohn in Berlin.] Die große Flut bei rapid weichenden Preisen an den auswärtigen Märkten — London erreichte 6—10 Schilling, Kopenhagen 8 Kronen, Hamburg 10 Mark — wirkte deprimtrend auf den hiesigen Markt ein und verließ das Geschäft in dieser Woche in recht matter Stimmung; trotz bedeutender Preiskonfessionen war es nicht möglich größere Umfänge zu erzielen, da nur für den allernothwendigsten Bedarf gekauft wurde. Landbutter hatte unter dem Druck der feinen Butter zu leiden und mußten Preise auch hierfür stark zurückgeben. — Margarine: Auch in dieser Woche fanden größere Abschlüsse auf Lieferung statt; die in Holland eingetroffenen Sendungen von Rohmargarin wurden zu höheren Preisen aus dem Markt genommen. — Amtliche Notirungen der von der ständigen Deputation gewählten Notirungs-Kommission. Im Großhandel franco Berlin an Produzenten bezahlte Abrechnungspreise. Butter. Hof- und Genossenschafts-Butter Ia. per 50 Kilo 107—110 Mk., IIa. 104—106 Mk., IIIa. 101—103 Mk., abfallende 95—100 Mk., Landbutter: Preußische 92—95 Mk., Neißbrücher 90—93 Mk., Bommersche 92—95 Mk., Polnische — Mk., Schlesische 92—95 Mk., Margarine 40—70 Mk. Tendenz: Stärkere Einfüllungen verursachten einen weiteren Preisdurchgang.

**Bromberg.**, 28. März. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 201—210 Mk., geringe Qualität 190—200 Mk., Roggen 198—206 Mk., geringe Qualität 185—197 Mk., Gerste 150—162 Mk., Braugerste 163—168 Mk. — Erbsen Futter 150—172 Mk., Koch-

erbse 180—200 Mk. — Hafer 150—165 Mk. — Spiritus 50er 61,25 Mk., 70er 41,75 Mk.

## Marktpreise zu Breslau am 28. März.

Festsetzungen der städtischen Markt- notirungs-Kommission.	Höch- ster Preis. M. Pf.	M. Pf. M. Pf.	M. Pf. M. Pf.	M. Pf. M. Pf.	M. Pf. M. Pf.	geringe Ware. M. Pf.
Weizen, weißer	21 90	21 60	20 80	20 30	18 90	17 90
Weizen gelber	21 80	21 50	20 80	20 30	18 90	17 90
Roggen	21 70	21 30	20 60	20 30	19 30	19 10
Gerste	17 90	17 20	16 20	15 70	14 70	14 40
Hafer	14 70	14 20	13 90	13 40	12 90	12 40
Erbsen	21	20 30	19 50	19 —	18 —	17 50

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
28. Nachm. 2	750,1	Schwach	bedeut	+12,7
28. Abends 9	746,2	Schwach	ziem. heiter	+10,3
29. Morgs. 7	747,1	Mäßig	bedeut	+ 6,5
Am 28. März	Wärme-Maximum + 13,0° Cels.			
Am 28.	Wärme-Minimum + 6,6° =			

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 28. März Morgens 2,88 Meter.  
= 28. Mittags 2,90 =  
= 29. Morgens 2,94 =

## Griechische 4proz. Goldrente.

Die am 1. April fälligen Coupons löse von heute ab ein.

**Heimann Saul,**  
Bankgeschäft, Friedrichstr. 33.

## Produkten- und Börsenberichte.

**Breslau.**, 28. März. Fest.  
Neue 3proz. Reichsanleihe 85,50, 3 1/2 proz. L.-Pfandbr. 96,80, Konio. Türk. 19,50, Türk. Loope 76,75, 4proz. ung. Goldrente 92,40, Bresl. Diskontobank 92,50, Breslauer Wechslerbank 94,30, Kreditaktien 171,00, Schles. Bankverein 108,90, Donnersmarckhütte 77,00, Flöther Maschinenbau —, Katowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 121,00, Oberpfälz. Eisenbahn 53,15, Oberschles. Borsig, 90,50, Schles. Dampf. C. —, Kramsta 117,35, Schles. Zinklatten 188,00, Laurahütte 103,00, Verein. Delfab. 84,75, Österreich. Bankunter 172,45, Russ. Banknoten 206,70, Giebel

Temperatur —.  
**Frankfurt a. M.**, 28. März. (Schlußkurse). Abgeschwächt. Lond. Wechsel 20,412, 4proz. Reichsanleihe 106,65, österr. Silberrente 80,50, 4 1/2 proz. Papierrente 81,00, do. 4proz. Goldrente 95,10, 1860er Loope 123,70, 4proz. ungar. Goldrente 92,50, Italiener 87,70, 1880er Russen 92,40, 8. Orient. 65,50, ungar. Egypt. 96,65, ton. Türk. 19,35, 4proz. türk. Anl. 83,40, 3proz. port. Anl. 25,90, 5proz. serb. Rente 79,00, 5proz. amort. Rumänier 96,70, Euro. 7

März-April 30%, Br., v. April-Mai 30%, Br., per August-Septbr. 32%, Br., per Sept.-Okt. 32 Br. — Kaffee ruhig. Umsatz — Sad. — Petroleum ruhig. Standard white loko 6,00 Br., v. Aug.-Sept. 6,00 Br. — Wetter: Schne.

Hamburg, 28. März. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos v. März, 66%, per Sept. 64%, p. Dez. 63. Behauptet.

Hamburg, 28. März. Zuckermarkt (Schlussbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 v.C. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per März 13,05, per Mai 13,22%, per August 13,70, v. Oktober 12,62%. Flau.

Berl., 28. März. Getreidemarkt. Weizen loko schwach, per Frühjahr 9,91 Gd., 9,93 Br., per Mai-Juni 9,60 Gd., 9,62 Br., v. Herbst 8,66 Gd., 8,68 Br. Hafer v. Frühjahr 5,81 Gd., 5,83 Br. Neu-Mais v. Mai-Juni 5,21 Gd., 5,23 Br. Kohlräbs 12,55 Gd., 12,65 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 28. März. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen ruhig, p. März 24,60, p. April 24,80, p. Mai-August 25,50, p. Sept.-Dezbr. 25,50. Roggen fest, v. März 18,40, p. Sept.-Dez. 16,00. Mehl ruhig, p. März 52,70, p. April 53,10, p. Mai-August 54,60, p. Sept.-Dez. 55,20. Rübel ruhig, v. März 53,00, p. April 53,25, p. Mai-Aug. 54,25, per Septbr.-Dezbr. 56,25. Spiritus behauptet, per März 47,50, p. April 46,75, p. Mai-August 45,00, p. Sept.-Dez. 40,75. — Wetter: Regen.

Paris, 28. März. (Schlussbericht.) Rohzucker matt, 88 Prozent loko 37,50. Weizen loko matt, Nr. 3 per 100 Kilogr. v. März 37,87%, per April 38, per Mai-August 38,62%, per Oktbr.-Jan. 35,37%.

Havre, 28. März. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Bieliger u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Baisse.

Flie 14 000 Sad, Santos 20 000 Sad, Recettes für 2 Tage.

Havre, 28. März. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Bieliger u. Co.), Kaffee, good average Santos, v. März 88,50, v. Mai 87,25, p. Sept. 83,25. Ruhig.

Amsterdam, 28. März. Getreidemarkt. Weizen auf Termine niedriger, per März — p. Mai 223. Roggen loko geschäftlos, do. auf Termine fest, v. März 211, p. Mai 213. Mais p. Frühjahr — Rübel loko 27, v. Mai 25%, v. Herbst 26%.

Amsterdam, 28. März. Java-Kaffee good ordinary 53%.

Antwerpen, 28. März. Getreidemarkt. Weizen ruhig.

Roggen unverändert. Hafer ruhig. Gerste schwach.

Antwerpen, 28. März. (Telex. der Herren Wilfens u. Comp.) Wolle. La Blata-Bug, Type B., p. April 4,15, Juni 4,35, November 4,35 Käufer.

Antwerpen, 28. März. Petroleumsmarkt. (Schlussbericht.) Raffinates Type weiß loko 14 bez. u. Br., v. März 14 Br., p. April 14 Br., p. Sept.-Dez. 14% Br. Ruhig.

London, 28. März. Die Getreidezufuhren betragen in der Woche vom 19. März bis 25. März: Englischer Weizen 2526, fremder 19 763, englische Gerste 2641, fremde 13 189, englische Maizgerste 19 623, fremde —, englisch. Hafer 305, fremder 31 948 Orts. Englisches Mehl 20 350, fremdes 108 973 Sad und 250 Fak.

London, 28. März. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen ruhig, 1 lb. niedriger als vorige Woche, Mehl große Anfuhren zu zu 1%, bis 1 lb. niedriger als vorige Woche, ziemlicher Begehr, Mais fest, Gerste geschäftlos, Hafer ca. 1/2 lb. höher, als vorige Woche, ziemlicher Begehr. Angekommene Weizenladungen ruhig. Von schwimmendem Getreide Weizen flauer, amerikanischer ca. 1/2 lb. niedriger. Gerste geschäftlos, unverändert, Mais besserer Begehr, mitunter 1/2 lb. höher. — Wetter: Kalt.

London, 28. März. An der Küste 4 Weizenladungen angeboten.

— Wetter: Kalt.

London, 28. März. 96 v.C. Tabazucker loko 15% ruhig. Rüben-Rohzucker loko 13% matt.

London, 28. März. Chili-Spuker 46, per 3 Monat 46%.

Glasgow, 28. März. Rohreisen. (Schluss.) Mixed numbers warrants 14 lb. Käufer, 41 lb. S. d. Verkäufer.

Glasgow, 28. März. Die Verschiffungen betragen in der

vorigen Woche 6642 Tons gegen 3660 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Liverpool, 28. März. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Ruthmaschinen Umsatz 8 000 Ballen. Ruhig. Tagessimport 9 000 Ball.

Liverpool, 28. März. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation u. Export 1 500 Ballen. Träge. Amerikaner 1/16 niedriger.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 3% Verkäuferpreis, April-Mai 3%, Käuferpreis, Mai-Juni 3%, do., Juni-Juli 3%, do., Juli-August 3%, do., Sept.-Okt. 3%, do., d. Verkäuferpreis.

Newyork, 28. März. (Anfangskurse.) Petroleum Pipeline certificates per April 55. Weizen per Mai 93.

Berlin, 29. März. Wetter: Gegen Abend schweres Gewitter.

Newyork, 28. März. Weizen per März fehlt C., per April 94% C.

### Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 28. März. Die heutige Börse eröffnete wieder in fester Haltung und mit zumeist wenig veränderten, zum Theil etwas besseren Kurzen auf spekulativem Gebiet.

Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten nicht ungünstig, boten aber besondere geschäftliche Anregung nicht dar.

Hier entwickelte sich dann auch das Geschäft im Allgemeinen ruhig; nur die mit der Ultimoregulierung in Verbindung stehenden Transaktionen verliehen dem Verkehr größere Regsamkeit und anfangs gestaltete sich das Geschäft auf dem Montanmarkt und für Anlagewerte wieder lebhafter.

Im späteren Verlaufe der Börse trat in Folge verschiedener ungünstig wirkender kommerzieller Nachrichten ziemlich allgemein eine Abschwächung der Haltung hervor.

Der Kapitalsmarkt bewahrte feste Gesamthalzung für heimische solide Anlagen bei belangreicheren Umsätzen 3 prozentiger Reichs- und preußischer konsol. Anleihe.

Fremde festen Zins tragende Papiere waren zumeist gut behauptet; Italiener und russische Anteile nach fester Eröffnung schwächer. Russische Noten gleichfalls im Verlaufe des Verkehrs abweichend.

Der Privatdiskont wurde mit 1% Prozent notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen Österreichische Kreditaktien zu wenig veränderten Notiz ruhig um; Franzosen waren fest, Lombardien behauptet, andere österreichische sowie Schweizerische Bahnen ruhig.

Inländische Eisenbahntickets verkehrten in fester Haltung ruhig; Ostpreußische Südbahn etwas besser.

Bankaktien waren fest, aber selbst in den Ultimowerten wenig belebt; Distonto-Kommandit-Antheile mehr beachtet und nach fester Eröffnung abgeschwächt.

Industriepapiere behauptet und ruhig; Montanwerthe nach festerem und lebhafterem Beginn schwächer.

### Produkten-Börse.

Berlin, 28. März. Die Newyorker Börse zeigte am Sonnabend einen Rückgang von 1% C. für Weizen; nach der Börse trat eine Erholung um 1% C. ein. In Folge des treibhausartigen Wetters war auch hier die heutige Frühbörse in schwacher Haltung bei wesentlich niedrigeren Preisen. An der Börse selbst zeigte sich indeß bald eine feste Haltung, da Deckungsbegehr fortduerte, und nach dem Eintritt von Nordost-Wind die Abgeber sehr zurückhaltend wurden. Weizen nach schwächerem Einsatz wenig verändert. Roggen ein anfänglich wesentlich billiger, befestigte sich dann bis nahe an den Sonnabend-Schlüsselwert. Hafer bei stillsem Geschäft gut behauptet. Roggenmehl bei kleinen Umsätzen niedriger. Rübel zu etwas schwächeren Preisen lebhafter gehandelt. Spiritus gab bei ausreichenderer Volumenzufuhr um 80 Pf. nach für Termine dauernd das Realisationsangebot fort, und die Preise erfuhrten einen ähnlichen Rückgang.

Zum Schluß des offiziellen Verkehrs befestigte sich der Getreidemarkt fernerer. Namentlich wurde für Roggen der Sonnabend-Schlusspreis überzogen.

Weizen (mit Anschluß von Rauhweizen) p. 1000 Kg. Loko matt. Termine wenig belebt. Gefündigt — Ton. Kündigungspreis — M. Loko 190—218 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 193 M., gelb. rau. 200 ab Boden bez. per diesen Monat —, per April-Mai 191,5—191,25—192 bez. per Mai-Juni 192—192,5 bez. per Juni-Juli 193—192,75—193,25 bez. per Juli-August 194—193 bez.

Roggen per 1000 Kilo. Loko flau. Termine matt. Gefündigt — To. Kündigungspreis — M. Loko 198—206 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 205 M., inländischer 203—204 ab Bahn bez. per dieser Monat —, per April-Mai 207,25—206,75—207,25 bez. per Mai-Juni 202,25—201,75—203 bez. per Juni-Juli 197,5—198,75 bis 198,5 bez. per Juli-August 185,5—184,25—185,25 bez.

Gerste p. 1000 Kilo. Flau. Große und kleine 140—190 M. nach Qual. Futtergerste — M.

Hafer per 1000 Kilo. Loko Mittelsorten schwer verkauflich. Termine niedriger. Gefündigt — To. Kündigungspreis — M. Loko 147—172 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 152 M. Preuß., preuß. und schles. mittel bis guter 147—160, höchster 168 ab Bahn und freit. Wagen bez. per diesen Monat —, per April-Mai 148,75—149,25 bez. per Mai-Juni 151—151,25 bez. per Juli-August —.

Mais per 1000 Kilogr. Loko flau. Termine still. Gefünd. 200 M. Kündigungspreis 116,5 M. Loko 117—125 M. nach Qual. per diesen Monat —, per April-Mai 114,5 bez. per Mai-Juni —, per Juni-Juli —, per Juli-August —.

Erbgen p. 1000 Kilo. Roggwurze 190—240 M. Futtermaize 160—167 M. nach Qualität.

Roggemehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sad. Termine niedriger. Gefündigt — Sad. Kündigungspreis — M. per diesen Monat —, per April-Mai 27,65—27,6—27,65 bez. per Mai-Juni 27,6 bez. per Junt-Juli 27,55 bez. per Juli-August —.

Rübel p. 100 Kilo mit Fak. Nähe Sichten fest. Gefünd. 87 Kündigungspreis — M. Loko mit Fak —, loko ohne Fak —, per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai 53—52,8—53 bez. per Mai —, per Junt-Juli —, per Septbr.-Okt. 53—52,8—52,9 bez.

Trocken Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sad. Loko 33,00 M. — Feucht dgl. p. loko 18,40 M.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto inkl. Sad. Loko 33,00 M.

Petroleum. (Staffierte Standard white) p. 100 Kilo mit Fak in Posten von 100 Br. Termine —. Gefündigt — M. Kündigungspreis — M. Loko — M. p. diesen Monat — M. per März-April —.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. — 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Br. Kündigungspreis — M. Loko ohne Fak 60,8 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. — 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Br. Kündigungspreis — M. Loko ohne Fak 41,4 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. — 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Br. Kündigungspreis — M. Loko mit Fak —, p. diesen Monat —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Matter, mit festem Schl. Kündigungspreis — M. Loko —, per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai 41,5—41,1—41,4 bez. per Mai-Juni 41,7—41,3—41,6 bez. per Junt-Juli 42,1 bis 41,8—42 bez. per Juli-August 42,7—42,4—42,7 bez. per August-Sept. 43—42,6—43 bez. per Sept.-Oktober 41,4—41—41,3 bez. per Oktbr.-Nov. 39,5—39,8 bez.

Weizenmehl Nr. 0 29,00—27,00, Nr. 0 26,75—24,75 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggemehl Nr. 0 u. 1 27,75—26,75 bez., do. keine Marke Nr. 0 u. 1 30,25—27,75 bez., Nr. 0 1% M. höher als Nr. 0 und 1 pr. 100 Kg. br. inkl. Sad.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. I. Doll. = 4½ M. I. Rub. = 3 M. 20 M. I. fl. W. = 12 sdd. Wösterr. = 2 MPf. I. fl. I. fl. hell. W. I. M. 70 Rf. I. Franc oder I. Lira oder I. Peseta = 80 Pf.

### Bank-Diskonto. Wechselv. 28. März

Amsterdam..	3	8 T.	168,85 B.
London .....	3	8 T.	20,41% B.
Paris.....	3	8 T.	81,05 B.
Hamb. ....	3½	50 T.-L.	79,90 B.
Wien .....	4	8 T.	172,02 B.
Petersburg ..	6	3 W.	265,75 B.
Warschau ..	5½	8 T.	206,20 B.

in Berlin, 3. Lomb. 34 u. 4. Privatd. I. G.

### Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns.....	20,38	bz G.
20 Francs-Stück.....	16,235	nz G.
Gold-Dollars.....	16	nz G.
Engl.Not. 1 Pfdr.Sterl.	20,245	nz G.
Franz. Not. 100 Frs.	81,10	nz G.
Oestr. Noten 100 Rfl.	172,10	bz G.
Russ. Noten 100 R. ....	206,35	br.